



Frieden für die Ukraine – Handeln zu wenig – zu spät

Dr. Klaus Olshausen

September 2025

Zusammenfassung

Auf der Rückreise vom Führungswechsel beim Eurokorps, wo erneut die Spanne der gemeinsamen geografischen und politischen Verantwortung vom Osten bis zum Atlantik hervortrat, wurde ich zweifach vom offensiven, ja aggressiven Handeln Russlands eingeholt: Kampfflugzeuge im estnischen Luftraum und weiter steigende Luftangriffe auf die gesamte Ukraine. Handelt der „Westen“ mit der Ukraine zwingend, um eine freie Ukraine und einen gerechten und dauerhaften Frieden zu erreichen? Das 19. Sanktionspaket im vierten Kriegsjahr wird Putins Kriegskasse kaum schnell verringern, zumal der Vorschlag Einstimmigkeit braucht.

Militärisch fordert Selenskyj weiter mehr Luftabwehr. Die Lage zeigt, dass Putin mit seinen Angriffen und der Destabilisierung weiter macht, bis er seine „root causes“ ausgemerzt hat: Die Ukraine bekämpft jetzt zunehmend mit eigenen Mitteln russische Energieeinrichtungen und kann so Russlands Versorgung der Truppen, aber ebenso wichtig auch der Gesellschaft erschweren. Und die Ausschaltung von Startplätzen und Produktionsstätten von Drohnen und Raketen könnten die Luftlage über der Ukraine verbessern.

Es bleibt auch sinnvoll und richtig, mit Angriffen auf die Hafenanlagen LNG- und die Erdöl-Lieferungen mit der Schattenflotte zu unterbinden und so Putins Kriegskasse zu schmälern. Diese Schritte und ein erfolgreicher Kampf an der Front sind zwingend durchzuführen und durchzuhalten, um Putin „die Unwahrscheinlichkeit und den zu großen Preis seines Erfolges“ unmissverständlich vor Augen zu führen und so „sein Motiv zum Frieden“ hervorzurufen.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Am 18. September konnte ich am Appell des Führungswechsels im Hauptquartier des Eurokorps in Straßburg teilnehmen. Im Rahmen des Appells erfolgte die Übergabe des Kommandos vom polnischen Korpskommandeur an seinen spanischen Nachfolger. Das unterstreicht, dass der militärische Zusammenschluss und das Tragen gemeinsamer Verantwortung geographisch und politisch mit vier weiteren Nationen vom Osten der EU und der NATO bis an den Atlantik reicht. Der scheidende und der neue Kommandierende General stehen für das Eurokorps als ein Führungsstab für die EU und die NATO.

Nach meiner Rückkehr holten mich Ereignisse ein, die in unterschiedlicher Weise erneut Russlands offensives, ja aggressives militärisches und politisches Handeln unter Beweis stellten: Russische Kampfflugzeuge minutenlang im estnischen Luftraum und weitere Nächte des russischen Drohnen- und Raketenhagels über der Ukraine.

Handeln die westlichen Staaten in dieser Lage zwingend, um ihr erklärtes Ziel einer freien und unabhängigen Ukraine im Rahmen des Völkerrechts mit einem gerechten und dauerhaften Frieden zu erreichen, ja durchzusetzen?

Zunächst ein Blick auf das Ziel, Russlands „Kriegskasse“ mit unterschiedlichen Mitteln zu schmälern. Am 19. September stellte die EU-Kommission ihren Vorschlag eines 19. Sanktionspakets vor. Präsident Trump hatte vor einer Woche die Europäer aufgefordert, keine fossile Energie mehr von Russland zu beziehen, dem er sich dann ggf. mit Sanktionen gegen Drittstaaten anschließen würde. Da die Europäer Trump wegen Putins Verhaltens schon seit Wochen gedrängt hatten, Sanktionen/Zölle gegen Drittstaaten zu verhängen, konnte man gespannt sein, wie Europa dieser Aufforderung folgen würde.

Bei dem schon zu lange tobenden Krieg, wofür Russland viel Geld braucht, schlägt die Kommission nicht vor, den Bezug von russischem LNG sofort einzustellen, sondern betont mit stolzer Stimme, den betroffenen Staaten (nur) noch ein weiteres Jahr mit russischem LNG zuzugestehen, also nach über drei Jahren noch ein weiteres Jahr viel Geld für Russlands Aggression in der Ukraine.

Die laufenden Öllieferungen an Ungarn, die Slowakei und Österreich werden gar nicht erwähnt, kein Weg, um Trump zum Mitmachen zu bringen und keine Drohung, die Putin irgendwie zum Einlenken veranlassen wird. Auch die Erhöhung der sanktionierten Schattenflotte auf 560 Schiffe in Verbindung mit der Obergrenze des Ölpreises werden kaum Einbußen in Russlands Kriegskasse verursachen – schon gar nicht in kurzer Zeit.

Auch die dritte „Sanktionswalze“ mit Maßnahmen gegen Banken oder gar die Nutzung der eingefrorenen russischen Gelder von mehr als 200 Md Euro stehen unter dem Vorbehalt der gefährdeten Einstimmigkeit und damit in jedem Fall ohne schnelle Wirkung. Putin zeigt sich jedenfalls davon nicht erschreckt. Er bombt und zerstört in der Ukraine weiter und testet die NATO in Polen, Estland und über einer Bohrinsel auf ihre Reaktionsfähigkeit, vor allem aber auf ihre Geschlossenheit und Entschlossenheit.

Auch für die militärische Unterstützung des „Westens“, v.a. für die Luftverteidigung, fordert Präsident Selenskyj am Samstag erneut mehr und schnellere Unterstützung. Beides, Sanktionen und militärische Unterstützung, werden weder schnell noch wirkungsvoll genug eingesetzt, um Putin an den Verhandlungstisch zu bekommen. Es wird immer offensichtlicher, dass Putin, wenn der „Westen“ so weitermacht, seinen militärischen Einsatz gegen die Ukraine und vielerlei politischen und hybriden Einsatz mit Destabilisierung und Verunsicherung solange fortsetzen wird, bis er die „root causes“ des Konflikts ausgemerzt und die Ukraine unterjocht hat.



Die Regierungen, Staaten und Gesellschaften, die das – außer den Menschen in der Ukraine – nicht wollen, müssen morgen aufhören, russisches LNG oder Erdöl zu kaufen, einschließlich dem indirekten Kauf von russischem Öl aus indischen Raffinerien z.B. über Indien. Alle hatten schon über drei Jahre Zeit, dies vorzubereiten und durchzusetzen. Das Zögern und Aufschieben muss aufhören. Einen russischen Aggressor kann man nicht stoppen, wenn ständig das Vermeiden „eigener Schmerzen“ oder auch nur kleine Zumutungen an eigene Gesellschaften zu halbherzigen Maßnahmen führen, die den Aggressor eher bestärken, an seinen imperialen Zielen der Unterdrückung der Ukraine und letztlich einer politischen Beherrschung Europas festzuhalten.

Die Ukraine hat unter den schwierigen Kämpfen entlang der Front und den Zerstörungen im Land aus der Luft inzwischen den Entschluss gefasst, mit Drohnen und sehr bald eigenen Marschflugkörpern russische Energie-Einrichtungen nicht nur einmal, sondern kontinuierlich anzugreifen. Damit schafft die ukrainische Führung für Putin ein steigendes Dilemma. Mit reduzierter Verfügbarkeit von Benzin, Diesel und weiteren wichtigen Raffinerieprodukten entsteht ein Mangel für die Versorgung im eigenen Land, aber eben auch eine spürbare, ja drastische Lücke in der notwendigen, kontinuierlichen logistischen Unterstützung seiner Streitkräfte.

Hätten die westlichen Staaten schon früher und umfangreicher Waffensysteme mit größerer Reichweite zur Verfügung gestellt, kann ein ganz anderer Kriegsverlauf nicht ausgeschlossen werden. Jetzt gilt es aber mit Blick nach vorn, die Fertigung der ukrainischen Drohnen und zunächst des Marschflugkörpers Flamingo massiv zu beschleunigen und weiter eigene weitreichende Waffen aus dem Westen zu liefern. Nur auf diesem Weg können Drohnen und Raketenhagel verringert werden und so die ukrainische Luftverteidigung erfolgreicher machen.

Weitreichende Waffen kann und sollte die Ukraine auch einsetzen können, ja sollen, um die Lieferungen von LNG sowie Erdöl mit der Schattenflotte und über Pipelines zu verringern. Der Schwerpunkt liegt nicht auf dem Stoppen einzelner Schiffe. Es kommt darauf an, die Hafenanlagen, in denen sie beladen werden, unbrauchbar zu machen sowie den Antransport zu hemmen. Mangel an Kraftstoffen für seine Streitkräfte – und die russische Gesellschaft und stark verringerte Erlöse für die „Kriegskasse“ müssen die Ukraine und die Unterstützer erreichen, um Putin „die Unwahrscheinlichkeit und einen zu großen Preis seines Erfolges“ unmissverständlich vor Augen zu führen und so „sein Motiv zum Frieden“ hervorzurufen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen